

sozialistischen Errungenschaften in Zweifel stellen. Der Gegner griff die Grundprinzipien der Arbeiter-und-Bauern-Macht an; er forderte im Grunde die Freiheit für die Konterrevolution.²⁷

Die vor allem von Westberlin ausgehenden Aktionen der Feinde des Friedens und des Sozialismus fanden unter der Bevölkerung der DDR nicht die von ihnen gewünschte Resonanz. Die Beratungen in den Volksvertretungen, die sich mit den Zwischenergebnissen der Gesetzesdiskussion beschäftigten, spiegelten repräsentativ wider, daß die neuen Probleme des sozialistischen Aufbaus und der Entfaltung der Demokratie von Millionen Diskussionssteilnehmerh verantwortungsbewußt erörtert wurden: „Die Tatsachen bestätigen, daß die von der 3. Parteikonferenz beschlossene Direktive zum zweiten Fünfjahrplan und der Beschluß über Maßnahmen zur breiteren Entfaltung der Demokratie in der DDR bei den Werktätigen Zustimmung fanden und ihre schöpferische Aktivität verstärkten.“²⁸

Gleichwohl blieben Lügen und Verleumdungen, die von Westdeutschland aus in die DDR getragen wurden, bei politisch noch unerfahrenen Bürgern, so bei Teilen der studentischen Jugend, nicht gänzlich wirkungslos.²⁹

Die öffentliche Diskussion über die „Grundsätze“ machte keinen Bogen um die ideologischen Probleme. Auseinandersetzungen mit einseitigen, rückwärtsgewandten Betrachtungen bekräftigten den konstruktiven Gehalt der staatspolitischen Konzeption der 3. Parteikonferenz der SED, die in einem bedeutsamen Artikel der Parteiführung der SED unter dem Titel „Zur Diskussion über den XX. Parteitag der KPdSU und die 3. Parteikonferenz der SED“ im Juli 1956 noch einmal in der Aussage hervorgehoben wurde: „Die Hauptfrage für die weitere Demokratisierung des Lebens in der DDR ist und bleibt, daß die Volksmassen durch ihre Mitarbeit und Aktivität diesen Prozeß bestimmen und dazu beitragen, alle bürokratischen Hemmnisse zu überwinden, die demokratische Gesetzlichkeit zu sichern und die gewählten Volksvertretungen voll zur Geltung kommen zu lassen.“³⁰

So wuchs die Diskussion zu den „Grundsätzen“ über den engeren staatsrechtlichen Beratungsgegenstand hinaus zu einer Bewährungsprobe der Überzeugungskraft der Argumente in politischen Grundfragen,³¹ der politischen Arbeit der Volksvertretungen und jedes einzelnen Abgeordneten überhaupt: Es gelang dem Gegner nicht, die Diskussion von der Konzeption der 3. Parteikonferenz abzuindrängen.

Auf ihrer 28. Tagung (27. bis 29. Juli 1956) zog das Zentralkomitee der SED eine erste verallgemeinernde Bilanz der Resultate der öffentlichen Diskussion. Der Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee stellte fest, daß damit begonnen wurde, „in den Volksvertretungen eine lebendige demokratische Tätigkeit zu entfalten, in der die Vorschläge und die Kritik der Bevölkerung mehr zum Ausdruck kommen, zu den Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus genaue Beschlüsse gefaßt werden und die Durchführung der Beschlüsse kontrolliert wird. Die Bezirkstage und Kreistage haben be-

27 „Wir verfügen über Material, welches zeigt, daß die uns feindlich gesinnten Kräfte in Westdeutschland versuchen, die von uns eingeleiteten Maßnahmen zur weiteren Entfaltung der Demokratie für ihre verbrecherischen Zwecke, für die Wühltätigkeit gegen den sozialistischen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik zu mißbrauchen“ (Über die Arbeit der SED nach dem XX. Parteitag . . . , a. a. O., S. 20).

28 „Zur Diskussion über den XX. Parteitag der KPdSU und die 3. Parteikonferenz der SED“, ND vom 8. 7. 1956

29 vgl. hierzu S. Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, Berlin, 1964, S. 283 ff.

30 ND vom 8. 7. 1956

31 Vgl. auch den Hinweis W. I. Lenins zu dieser Bedeutung der öffentlichen Beratung von Gesetzentwürfen, in: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 499.